

Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 28.04.2016
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede

für Enno Scheffel

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Böckmann, Jürgen

für Katja Lechner

FDP-Fraktion Grundmandat

Fooker, Ralf

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Jensen, Imke
Kruse, Helga
Schulz, Ina

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Engelberts, Birte
Fielers, Stephan
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

(bis 18:04 Uhr)

von der Verwaltung

Lücht, Richard
Philipps, Egon
Jaspers, Thomas
Szag, Elisabeth

Protokollführung

Lenzion, Daje

Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.02.2016

Beschluss: Das Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.02.2016 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Zuschüsse an Vereine und Verbände aufgrund der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit
Vorlage: 16/2093

Herr Reibe erörtert die eingegangenen Anträge von Vereinen und Verbänden auf Zuschüsse nach den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit.

Frau Grix bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag. Sie möchte wissen, weshalb keine Zuschüsse für Schulprojekte aufgeführt seien.

Herr Reibe stellt fest, dass bei den Internationalen Begegnungen bisher keine Zuschüsse für Schulprojekte beantragt worden seien. Lediglich bei den Gruppenarbeitszuschüssen sei ein Schulprojekt enthalten. Die Gründe der Träger könne er zurzeit nicht darlegen. Er weist jedoch drauf hin, dass die Schulprojekte nur durch eine Ausnahmegenehmigung bezuschusst worden seien. Für die Bildungserfahrung der Jugendlichen seien die Fahrten und Lager, die

Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

internationalen Begegnungen sowie die Kinder- und Jugenderholung absolut wichtig. Grundsätzlich wirke sich die demografische Entwicklung in dem gesamten Bereich aus.

Herr Sprengelmeyer fügt hinzu, in der nächsten Sitzung des Schulausschusses am 12.05.2016 werde er zu diesem Thema ausführlicher berichten. Die Schulbudgets seien von Seiten des Landes teilweise gekürzt worden. Die Bezuschussung über die Stadt Emden sei nur ein Bruchteil der tatsächlichen Kosten.

Frau Meinen schildert, in Emden würde jährlich ein Kurs zum Erwerb der JuLeiCa auf Juist angeboten. Ihres Erachtens sei die Teilnahme für viele Personen aufgrund von Familie und Beruf schwierig. Daher fragt sie, ob diese Fortbildung auch in den Abendstunden oder an Wochenenden angeboten werden könnte.

Herr Reibe teilt mit, die Verwaltung habe bereits darüber nachgedacht, die Fortbildung zu anderen Zeiten anzubieten. Letztendlich sei es jedoch Aufgabe der Träger, dass alle ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich an den Kursen teilnehmen. Die Verwaltung biete selbstverständlich Unterstützung an. Im vergangenen Jahr hätten sogar zwei Träger ihr komplettes Personal geschult. Die Fortbildung für die Jugendgruppenleiter sei äußerst wichtig. Ein schleichender Qualitätsabbau dürfe nicht akzeptiert werden. Aus diesem Grund werde er in diesem Jahr mit den Trägern zu dieser Thematik intensive Gespräche führen.

Beschluss:

1. An Vereine und Verbände werden entsprechend der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit die aus der Anlage zur Vorlage ersichtlichen Zuschüsse für Jugendgruppen, sonstige Zuschüsse, Fahrten und Lager, internationale Begegnungen und sowie Kinder- und Jugenderholung gezahlt.
2. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Partnerstadt Archangelsk, die an den internationalen Begegnungen in Frankreich und Emden teilnehmen, werden wie Emdener Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefördert.
3. Der Kreisverband der AWO-Emden erhält eine Ausnahmegenehmigung für die Gruppengröße sowie für die Anzahl der Betreuer für die Internationale Begegnung in Grandcamp/Frankreich.
Darüber hinaus erhält der AWO KV Emden für das Veranstaltungsprojekt „Neues erLeben in Emden“ eine Finanzierungszusage bis zu 1.510 € für den Fall, das bei Dritten beantragte Zuschüsse nicht bewilligt werden.
4. Der Verein Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e.V. erhält eine Ausnahmegenehmigung für den Betreuerschlüssel für die Kinder- und Jugenderholung in Braunlage im Harz.
5. Der Antrag des SV Neptun Emden e.V. auf Bezuschussung einer 7tägigen Fahrt nach Lingen wird abgelehnt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 "Notinsel" - ein Projekt des Fachdienstes Jugendförderung, des Präventionsrates und der Beratungsstelle gegen Gewalt (AWO Emden)
Vorlage: 16/2020

Herr Jaspers stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Projekt „Notinsel“ vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Grix bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer fragt, ob bereits Rückmeldungen der Geschäftsleute vorliegen würden.

Herr Dietz möchte wissen, ob der Stadt Emden Erfahrungswerte anderer Städte zu diesem Projekt bekannt seien.

Herr Jaspers gibt an, die Schreiben an die Geschäftsleute seien in der vorletzten Woche versendet worden. Bisher habe er ca. 13 Rückmeldungen erhalten. Die Verwaltung werde die Läden direkt kontaktieren, die sich bis Mitte Mai noch nicht gemeldet haben.

Das Projekt „Notinsel“ bestehe bereits seit 2006. Bundesweit seien 226 Gemeinden mit über 20.000 Notinseln beteiligt. Über den Internetauftritt Notinsel.de können beteiligte Geschäfte ihre Erfahrungsberichte einstellen. Es seien nicht immer schwerwiegende Gründe für das Aufsuchen einer Notinsel. Die Resonanz sei dennoch positiv. Für den Aufkleber müssten Lizenzen bezahlt werden. Das Zeichen können die Kinder jedoch auch außerhalb ihrer Heimatstadt wieder erkennen. Seines Erachtens sei dies daher ein guter Ansatz.

Herr Fielers bittet um Auskunft, weshalb bisher beispielsweise keine Kirchen berücksichtigt worden seien. Diese könnten ebenso für die Kinder als Notinsel gekennzeichnet werden.

Frau Schulz möchte wissen, ob die Lehrkräfte zusätzlich zu den Flyern noch weiteres Infomaterial erhalten werden. Die Kinder sollten sich ihres Erachtens unter Begleitung der Lehrkräfte mit dem Thema auseinandersetzen. Dafür würde jedoch weiteres Material benötigt.

Herr Fooken wolle ebenfalls wissen, wie die Informationen an den Schulen den Kindern vermittelt werden. Aufgrund der derzeitigen Flüchtlingssituation fragt er, ob die Handzettel und Flyer auch in anderen Sprachen angeboten würden. Insbesondere in diesem Bereich sei die Gefahr von Anfeindungen und Übergriffen enorm.

Herr Jaspers erklärt, selbstverständlich würden im Laufe der Zeit weitere verschiedene Einrichtungen angesprochen werden. Dies beschränke sich nicht nur auf Einzelhandelsgeschäfte. Beispielsweise bestehe theoretisch sogar die Möglichkeit, Busse durch den Aufkleber als Notinsel zu kennzeichnen. Das Projekt werde definitiv erweitert.

Die Verwaltung kommuniziere selbstverständlich mit den Schulen. Auf dem Flyer sei für die Eltern erklärt, was eine Notinsel ist. Das Notinsel-Zeichen sei für alle Kinder wiedererkennbar. Es werde natürlich weiteres Infomaterial an die Schulen herausgegeben.

Bezüglich der mehrsprachigen Flyer habe er bereits Gespräche geführt. Zurzeit gebe es diese Flyer und Handzettel allerdings nur in der vorgestellten Art und Weise.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 7 "Elterntalk" - ein Projekt der Jugendförderung und der Familienbildungsstätte
Vorlage: 16/2021

Herr Jaspers stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Projekt „Elterntalk“ vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Meinen bedankt sich für die Ausführungen. Es sei ein hervorragendes Projekt mit einem ganz neuen Ansatz in der Jugendhilfe. Sie begrüßt, dass Eltern sich untereinander als Experten zuhause austauschen. Sie bittet um weitere Informationen bezüglich der Förderung des Projektes, da die Stadt Emden Standortpartner der LJS sei. In diesem Zusammenhang bittet sie um Auskunft, ob die Moderatoren ehrenamtlich tätig oder angestellt seien.

Herr Jaspers bemerkt, das Projekt werde über drei Jahre vom Land komplett gefördert. Die Regionalbeauftragte sowie die als Honorarkräfte angestellten Moderatoren würden einzeln abgerechnet. Die Stadt beteilige sich einmal im Jahr an einem gemeinsamen Treffen, an dem die Rahmenbedingungen besprochen würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 "Echt krass" - eine Ausstellung zum Thema "sexuelle Gewalt unter Jugendlichen"
Vorlage: 16/2094

Herr Jaspers erörtert, im letzten Jahr habe er Gespräche mit dem Präventionsbüro Petze geführt, sodass anschließend das Projekt „Echt krass“ installiert worden sei. Dies sei ein Präventionsprojekt zu dem Thema „Sexuelle Übergriffe unter Jugendlichen“. Vom 11.04. bis 22.04.2016 sei die Ausstellung für die Emden Schulen angeboten worden. Die Ausstellung sei Teil eines ganzheitlichen Konzepts. Im Vorfeld sei ein Workshop für die Lehrkräfte, Fachkräfte und für die begleitenden Schüler der BBS I angeboten worden. Die Nachbereitung der Ausstellung sei ebenso Bestandteil. Die Verwaltung habe mit der BBS I Kontakt aufgenommen, sodass zwei 12. Klassen das Projekt unterstützt hätten. Er begrüßt, dass dadurch die Jugendlichen, die die Ausstellung besucht hätten, von jungen Erwachsenen begleitet werden konnten. Insgesamt hätten ungefähr 200 Schülerinnen und Schüler ab dem Jahrgang 8 an dem Projekt teilgenommen. Zwei Gruppen der Schüler, die das Projekt unterstützt haben, hätten das Ganze evaluiert und zwei Fragebögen entwickelt. Einen Fragebogen für die durchführenden Schüler sowie einen für die Besucher der Ausstellung.

Anschließend stellen die Schülerinnen der BBS I Emden anhand einer Power-Point-Präsentation die Ergebnisse der Befragungen vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Grix bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Jaspers bedankt sich bei den Schülerinnen für den Vortrag. Die Ausstellung habe erst am letzten Freitag geendet, sodass die Schülerinnen sofort die Auswertung der Befragungen durchgeführt hätten. Die Durchführung der Veranstaltung mit den Schülern der BBS I Emden sei eine hervorragende Herangehensweise gewesen. In den nächsten Wochen würden sich alle Beteiligten treffen, um über die Umsetzung des Projektes im nächsten Jahr zu sprechen. Das Projekt werde in jedem Fall weiter verstetigt.

Herr Dietz bedankt sich im Namen der Grund- und Oberschule Wybelsum bei der Stadt Emden, bei der AWO Emden sowie bei der Berufsbildenden Schule für die Durchführung dieses

Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Projekts. Von zwei Schulklassen habe er eine sehr positive Rückmeldung erhalten. Das Prinzip, das Jugendliche andere Jugendliche betreuen, sei äußerst hilfreich gewesen. Dies sollte seines Erachtens viel öfter genutzt werden.

Er schlägt vor, den Schülern zukünftig Arbeitsaufgaben zu der Ausstellung zu geben, damit diese an den einzelnen Stationen mehr gebunden seien. Insgesamt sei es ein hervorragendes Projekt.

Frau Engelberts bedankt sich bei der Stadt Emden für die Umsetzung des Projekts. Eine Lehrkraft eines Gymnasiums sei äußerst begeistert gewesen. Persönlich habe sie die Ausstellung nicht besuchen können. Es sei ein großer Aufwand, diese Ausstellung durchzuführen. An der Ausstellung hätten von den Emdener Schulen ca. 200 Schüler teilgenommen. Ihres Erachtens sei dies keine große Teilnehmerzahl. Von den Schulen und Lehrkräften hätte sie sich mehr Resonanz gewünscht und erwartet.

Herr Jaspers gibt an, die Anregung bezüglich der Arbeitsaufgaben werde er berücksichtigen.

Die Teilnehmerzahl könne selbstverständlich noch gesteigert werden. Es sollte jedoch berücksichtigt werden, dass das Projekt zum ersten Mal durchgeführt worden sei. Da die Ausstellung in der Alten Post angeboten worden sei, habe die Möglichkeit bestanden, auch anderen Fachkräften dieses Projekt vorzustellen. Das Projekt sei dadurch auch für das nächste Jahr hervorragend beworben worden und werde in den nächsten Jahren immer weiter verstetigt.

Herr Sprengelmeyer bedankt sich insbesondere bei der Berufsbildenden Schule sowie bei den Schülerinnen und der begleitenden Lehrkraft.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Jubiläum: 50 Jahre Workcamp St. Desir;
Sachstandsbericht zu den Vorbereitungen
Vorlage: 16/2095

Herr Sprengelmeyer gibt an, vorletzte Woche sei er gemeinsam mit weiteren Mitarbeitern nach St. Desir gereist, um die letzten Absprachen bezüglich der Jubiläumsveranstaltung zu treffen. Es seien intensive Gespräche mit der Gemeinde und den weiteren Partnern geführt worden. Es werde ein Veranstaltungszelt für die Durchführung der Festveranstaltungen aufgebaut. Insgesamt würden ca. 400 Personen erwartet. Aus Emden würden ungefähr 200 Personen teilnehmen. Einige wenige Plätze seien noch frei. Anschließend berichtet er über den aktuellen Planungsstand. Dieses wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Meinen bedankt sich für den Einsatz und wünscht viel Erfolg bei der großen Veranstaltung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 10 Unterhaltszahlungen von säumigen Zahlern;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 04.12.2015
Vorlage: 16/2018

Herr Lücht berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Unterhaltsheranziehung durch den Fachdienst Jugendhilfe. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Böckmann bedankt sich für den Vortrag. Die Präsentation habe zu Anfang aufgezeigt, dass der Personenkreis, der auf den Unterhaltsvorschuss angewiesen sei, per se schlechter gestellt sei. Die Höhe der Unterhaltsvorschussleistung für Kinder bis 6 Jahre betrage 145 €. Der Mindestunterhalt hingegen 335 €. Dies stelle seines Erachtens eine Benachteiligung dar. Die alleinstehenden Frauen und Männer müssten mit knapp der Hälfte des Geldes auskommen.

Herr Fooken bedankt sich für die Ausführungen. Aus dem Vortrag habe er entnommen, dass offenkundig noch nicht alle Daten bekannt seien, um die Rückforderungsmöglichkeit abschließend beurteilen zu können. Für den personellen Engpass habe er durchaus Verständnis. Er bittet um Auskunft, weshalb im Landesdurchschnitt die Rückholquote bei 20 % liege bzw. warum es im Landkreis Aurich in 42 % der Fälle gelinge, den Unterhaltsvorschuss einzutreiben. Es sollte eine Kosten-Nutzen-Analyse unter Berücksichtigung des eingesetzten Personals durchgeführt werden. Möglicherweise habe der Landkreis Aurich einen sehr hohen Personaleinsatz.

Herr Lücht erklärt, der Unterhaltsvorschuss werde längstens für 72 Monate gewährt. Das Kindergeld werde voll abgezogen, da die Leistung aus dem Haushalt des Bundes, des Landes und der Kommune finanziert werde. Aus diesem Grund werde der Unterhaltsvorschuss in der dargestellten Höhe gezahlt. Das Ziel des Jugendamts sei, die betreuenden Elternteile zu unterstützen und den Unterhalt von dem barunterhaltspflichtigen Elternteil einzufordern. Der Unterhaltsvorschuss decke nur das absolute Minimum ab.

Er stellt klar, dass die Verwaltung sehr wohl derzeit die Leistungsfähigkeit der Unterhaltsschuldner feststellen könne. Diese werde kontinuierlich geprüft. Er wolle jedoch eine Bilanz für ein gesamtes Jahr erstellen und die Schuldner zu einzelnen Fallgruppen zuordnen. Die Verwaltung habe Stichproben durchgeführt und könne nicht feststellen, dass keine stringente Unterhaltsheranziehung erfolge. Es gebe jedoch eine große Anzahl an Fällen, wo der barunterhaltspflichtige Elternteil nicht arbeitet und somit momentan auch nicht zahlen könne. Die Forderung könne trotzdem geltend gemacht und damit gesichert werden.

Bezüglich der Rückholquote und des eingesetzten Personals gebe es keine landesweite Übersicht. Die Presse habe berichtet, dass die Rückholquote im Landkreis Aurich bei 42 % liege. Andere Kommunen hingegen hätten eine niedrigere Quote als die Stadt Emden. Es sei bisher nie abgebildet worden, wie viel Personal jeweils eingesetzt werde. Dies mache einen Vergleich sehr schwierig. Aus diesem Grund müsse seines Erachtens der Personaleinsatz ebenso betrachtet und einbezogen werden.

Im Jahr 2015 seien Unterhaltseinnahmen nach dem UVG in Höhe von ca. 130.000 € eingezogen worden. Ein zusätzlicher Sachbearbeiter müsse demnach mindestens 80.000 € zusätzlich eintreiben, damit es sich betriebswirtschaftlich lohne. Dies sei jedoch unrealistisch. Er werde in seiner Analyse zum Jahresende darstellen, ob durch den Einsatz von mehr Personal mehr Unterhaltsansprüche durchgesetzt werden könnten. Alle leistungsfähigen Schuldner müssten mit aller Schärfe verfolgt werden. Bei einer Vielzahl der Schuldner könne jedoch die Forderung

Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

nicht durchgesetzt werden, da diese nicht unterhaltspflichtig seien. Dabei komme es im Wesentlichen auf die Qualifikation des Schuldners an. Personen mit ausreichender Qualifikation müssten sich selbstverständlich bundesweit um Arbeit bemühen und würden immer als leistungsfähig angesehen.

Unabhängig von der Analyse der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Unterhaltsschuldner werde er Recherchen bezüglich des Personaleinsatzes anstellen. Die Daten seien jedoch vertraulich, sodass diese anonymisiert verglichen werden müssen.

Herr Grix bedankt sich für die sehr umfangreichen Informationen. Für ihn habe sich ebenfalls die Frage ergeben, weshalb in Emden die Rückholquote so gering sei. Seines Erachtens müsse eine konsequente Verfolgung stattfinden. Viele Personen, die Unterhalt leisten könnten, würden dies nicht tun. Die Frage des eingesetzten Personals müsse sicherlich berücksichtigt werden, um den Betroffenen Hilfe zu geben. Das nicht vorhandene Personal dürfe kein Grund sein, den Unterhaltsvorschuss nicht einzutreiben. Es sei seines Erachtens eine Straftat, wenn Personen sich der Zahlung entziehen. Diese Straftat müsse ebenso verfolgt werden wie andere Delikte.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, die Daten würden am Jahresende dargestellt werden. Die Darstellung könne in einem gesonderten Rahmen erfolgen, da das Thema sehr komplex sei.

Bezüglich der Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen erörtert er, dass die Zahlen und Daten zunächst interpretiert werden müssten. Der Landkreis Aurich müsse die Rückholquote zunächst erläutern.

Das Jugendamt sei nicht für die Aufdeckung von Schwarzarbeit zuständig. Dies geschehe eher im Zusammenspiel mehrerer Institutionen. Die Mitarbeiter würden selbstverständlich anhand der Aktenlage recherchieren, ob Personen arbeiten gehen können.

Herr Böckmann kritisiert die Schlechterstellung derjenigen, die auf den Unterhaltsvorschuss angewiesen sein. In diesem Zusammenhang appelliert er daran, das Zahlenwerk und die Entwicklung komplex zu betrachten. Der Personenkreis, der derzeit nicht selbst in der Lage sei, aufgrund von Mindesteinkommen ein Kind zu unterhalten, benötige intensive Beratung. Diese Menschen müssten sich im Laufe ihres Lebens weiter qualifizieren, um das Kind zu ernähren und auch später nicht auf Transferleistungen angewiesen zu sein. Es bestehe dort ein gefährlicher Kreislauf. Er begrüßt, dass die Jugendhilfe behutsam Druck aufbaue und Beratung anbiete. Es sei eine große gesellschaftliche Aufgabe, die in diesem Bereich bewältigt werden müsse.

Herr Fooken meint, einige Personen würden immer auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Von diesen Personen könne man den Unterhaltsvorschuss kaum eintreiben. Dies sei ein Teufelskreis. Es gebe jedoch auch Personen, die eigentlich zahlen könnten. Aus diesem Grund fragt er, ob in allen Fällen konsequent ein Pfändungs- und Überweisungsbeschluss angedroht und erlassen werde. Dieses Mittel wirke direkt und setze die Personen enorm unter Druck, da diese kaum am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Herr Sprengelmeyer gibt an, alle der Verwaltung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten würden ausgeschöpft.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 11

Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Sprengelmeyer teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe in einem Antrag vom 21.04.2016 mitgeteilt, dass in der Ostfriesen-Zeitung am 20.04.2016 berichtet worden sei, dass der Landkreis Aurich die Zusammenarbeit mit der Hasenschule beende. Der Landkreis Aurich baue ein eigenes Lehrprogramm für Kinder mit Förderbedarf auf. Die Stadt Emden sei daran beteiligt, hieß es in dem Artikel. Aus diesem Grund habe die Fraktion darum gebeten, dass im heutigen Jugendhilfeausschuss über die Beteiligung der Stadt an der Fortsetzung der Lesenester und Mathestübchen ohne Hasenschule berichtet werde. Zu den Äußerungen des Landkreis Aurich an die Presse könne er keine Stellung nehmen. Ob der Landkreis in dem Artikel richtig zitiert worden sei, könne er nicht versichern. In der letzten Sitzung des Schulausschusses habe er berichtet, dass die Stadt Emden genügend Material eingekauft habe, um die Lesenester und Mathestübchen bis zum Jahresende durchzuführen. Der Fachdienst Jugendförderung stehe bereits mit dem Landkreis, mit der Hasenschule sowie mit der Bildungsregion in Kontakt. Es würden verschiedene Möglichkeiten bestehen, Lesenester und Mathestübchen weiterhin anzubieten. Beispielsweise könne ein eigenes Programm erarbeitet werden. Diese Möglichkeit wolle der Landkreis Aurich umsetzen. Die Stadt sei daran interessiert, im Rahmen der Bildungsregion eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Die Lesenester und Mathestübchen würden in jedem Fall zukünftig weiterhin angeboten.

Anschließend gibt er die Schulanmeldezahlen des fünften Jahrgangs bekannt:

Schule	Anmeldezahl
Oberschule Borssum	13 (Einzügigkeit)
Oberschule Herrentor	98 (Vierzügigkeit)
Oberschule Wybelsum	36 (Zweizügigkeit)
IGS	109 (Vierzügigkeit)
JAG	140 - 143
Max	121 - 124

Laut Schulsatzung seien die Pewsumer SchülerInnen schulbezirksmäßig dem JAG zugeordnet. Insgesamt vier Eltern hätten einen Antrag auf eine Sondergenehmigung gestellt, dass sie ihre Kinder am Max anmelden möchten. Diese Anträge würden von den Schulen geprüft. Gesetzlich seien die Gründe für eine Ausnahmegenehmigung genau festgeschrieben. Aus diesem Grund würden die Anmeldezahlen der beiden Gymnasien noch nicht konkret feststehen.

Am JAG hätten sich 25 SchülerInnen aus Hinte und 24 SchülerInnen aus der Krummhörn angemeldet. Somit habe es am JAG 49 Anmeldungen aus dem Landkreis Aurich und 91 Anmeldungen aus Emden gegeben. Bezüglich des Max weist er darauf hin, dass der Jahrgang ab 125 SchülerInnen fünfzünftig wäre. Diese Anzahl sei nicht nur abhängig von den Ausnahmegenehmigungen sondern auch von weiteren Zuzügen nach Emden. Die Stadt Emden habe somit insgesamt 521 SchülerInnen, die auf die weiterführenden Schulen wechseln.

Zwischen der Stadt Emden, der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Emden bestehe eine Kooperationsvereinbarung zum Aufbau einer Jugendberufsagentur. In der Woche nach Ostern sei eine Schulabgängerbefragung durchgeführt worden. Diese müsse noch ausgewertet werden. Am gestrigen Tag habe ein gemeinsamer Workshop an der Volkshochschule stattgefunden. Teilgenommen hätten Mitarbeiterinnen aus den Bereichen Agentur für Arbeit, Jobcenter sowie Stadt Emden, um in verschiedenen Arbeitsgruppen über die Schnittstellen zu sprechen. Ziel sei immer, die gemeinsame Kooperation zu verbessern und Lücken des Maßnahmenkatalogs zu erkennen.

Des Weiteren teilt er mit, bezüglich des Jubiläums „50 Jahre Workcamp St. Desir“ werde Anfang Juni eine Informationsveranstaltung für alle mitfahrenden Gäste aus Emden angeboten.

Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 12 Anfragen

1. Jubiläumsfeier St. Desir

Herr Grix bemerkt, bei dem Sachstandsbericht zum Jubiläum „50 Jahre Workcamp in St. Desir“ sei lediglich über das Programm berichtet worden. Die Dokumentation sowie der Film seien nicht angesprochen worden. Er begrüßt, dass auf die vollehrenamtliche Arbeit von Herrn Erwin Petrikewitz eingegangen werden soll. Aufgrund der Entwicklung in St. Desir dürfe seines Erachtens jedoch nicht vergessen werden, dass die Entwicklung nur durch Herrn Horst Otto möglich geworden sei. Er sei für seine Tätigkeit hoch geehrt worden. Durch die intensive Unterstützung von Herrn Horst Otto sei es Herrn Erwin Petrikewitz gelungen, in der Gemeinde akzeptiert zu werden. Es sei daher äußerst wichtig, in der Dokumentation diese Arbeit ebenfalls zu würdigen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.